

Interfraktioneller Antrag

öffentlich

Datum

01.02.2008

Nummer

A0028/08

Absender

**FDP-Ratsfraktion und Regina Frömert, DIE LINKE.Fraktion
im Stadtrat**

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herrn Ansorge

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

14.02.2008

Kurztitel

Kommunikationsprobleme in und mit freien Trägern überwinden

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

1. dafür Sorge zu tragen, dass ein- bis zweimal jährlich Gespräche mit den Geschäftsführungen der freien Träger geführt werden, die die Kindertagesstätten in der Landeshauptstadt Magdeburg betreiben, um gegebenenfalls auftretenden Problemsituationen frühzeitig begegnen zu können;
2. zu prüfen, in wie weit ähnliche Gesprächsangebote an Mitarbeitervertreter bzw. Elternkuratorien unterbreitet werden können und
3. zu prüfen, ob die Einrichtung einer „vermittelnden Instanz“ helfen könnte, Konflikte zwischen Träger(n), Mitarbeiter(innen)n der Einrichtung(en) und Eltern im Interesse einer guten Betreuung der Kinder in den Tageseinrichtungen zu lösen.

Der Antrag soll im KRB und im Jugendhilfeausschuss beraten werden.

Begründung:

Jüngste Beispiele zeigen, dass Mitarbeiter(innen), die in Einrichtungen der Betreuung der Stadt tätig sind – aus welchen Gründen auch immer - die öffentliche Unterstützung suchen, um auf Konflikte am Arbeitsplatz aufmerksam zu machen. So verständlich dies im Einzelfall sein mag, es kann nicht die Lösung sein. Das Ansehen der Einrichtung, des Einzelnen, der Stadt werden beschädigt.

Es steht zu vermuten, dass einerseits Kommunikationsprobleme bestehen, andererseits offenbar ein außenstehender Dritter als Beschwerde- oder Vermittlungspartner gesucht wird. Es obliegt der Landeshauptstadt als Vertragspartner der freien Träger, mögliche Konfliktpotentiale bei den Trägern aber auch den Beschäftigten und den Eltern zu kennen, um im Rahmen ihrer Möglichkeit und Verantwortung gegensteuern zu können. Es gibt auch Problemsituationen, die außerhalb der Zuständigkeit der Stadt liegen. Die Konfliktlösung könnte möglicherweise durch eine „vermittelnde Instanz“ begleitet werden. Wo diese angesiedelt wird, wie sie konkret

arbeitet, läge nicht in der Zuständigkeit der Stadt. Diese könnte aber ggf. die Anregung an interessierte Kreise weiterleiten.

Regina Frömert
Stadträtin

Sabine Paqué
Stadträtin